

daß Sie aus Ihren Parteidokumenten zitiert haben, daß Aufarbeitung bei einer Partei, die sich neu definierte, höchst defizitär ist zur Zeit. Ich bin sehr dankbar, daß nicht immer nur ich das sage, sondern das Sie das sagen.

Ich muß noch zu Frau Gleicke etwas sagen, obwohl ich gar nicht angesprochen bin. Frau Gleicke, ich weite das aus, was Sie wollen. Ich finde das eine sehr interessante Frage, wer finanziert in Deutschland was. Und wir fragen ja bei dem, was sich diese Kommission zum Thema gesetzt hat: Wie sichern wir für die Bewußtmachung der Werte und Inhalte der Demokratie die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben? Und dann ist es eben wichtig, daß wir begreifen: zur demokratischen Erinnerungskultur gehört das Wissen. Und die Demokratiegeschichte der ganzen Nation wurde auch im Osten geschrieben und darum müssen Bund und Länder das als einen nationalen Identitätsgewinn sehen. Es ist ein nationaler Gewinn, daß wir im Osten alle Freiheitstraditionen erneuert haben, die nur sehr spärlich 1848 in Südwestdeutschland usw. geflossen sind. Es gibt authentische Verbindungen des deutschen revolutionären Südwestens des vorigen Jahrhunderts zu den Revolutionären, die es noch nicht sein konnten, aber gerne wollten, vom 17. Juni 1953 und denen von 1989. Das gehört in die gesamtdeutsche Freiheits- und Demokratietradition hinein und darum können nicht ein paar Kommunen an der Grenze oder diese verarmten östlichen Bundesländer dies alleine tun. Sondern es müssen die, denen die Traditionsbildung der freiheitlichen Demokratie am Herzen liegt, hier eine gemeinsame kulturelle Aufgabe erblicken. Das wollte ich noch einmal sagen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich danke Ihnen beiden, daß Sie, ich glaube einen sehr, sehr nachdenklich machenden, aber auch wegweisenden, bedenkenswert erscheinenden Vormittag mitgestaltet haben, der für die Berichterstattungsguppe Gedenkstätten der Kommission wichtige Hinweise gegeben hat. Zum Verfahren selbst will ich nur Sie beide darüber informieren: wir werden nun, nachdem wir heute die letzte öffentliche Anhörung für die Gedenkstätten haben, an die Hausarbeiten im Stillen gehen, um dann einen Bericht über dieses Thema der demokratischen Erinnerungskultur und die Stellung der Gedenkstätten zu erarbeiten, zu formulieren – hoffentlich in großer Übereinstimmung. Es gibt nur ein Thema, das diese Übereinstimmung immer wieder in Gefahr bringt und das ist die Finanzierung. Da werden wir auf einmal dann Opposition und Koalition; für alle, die in der Politik sind, völlig normal. Aber ich hoffe, daß wir trotzdem einen wichtigen Beitrag zu dem leisten werden, was heute hier von den Grundsätzen her gesagt wurde. Herzlichen Dank, die Mittagspause dauert 30 Minuten, länger geht es nicht, und dann gehen wir an die sehr praktischen Fragen des Nachmittags.

[Unterbrechung der Sitzung]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Nun, wir beginnen jetzt mit dem zweiten großen Block unserer heutigen Anhörung. Ich darf dazu Herrn Professor Rürup aus Berlin und Herrn Professor Dr. Schäfer aus Bonn begrüßen, die uns einführen werden in die Grundlagen zur praktischen Arbeit, die dann im dritten

Teil behandelt wird. Die Diskussion wird Herr Professor Bernd Faulenbach leiten. Ich darf Sie bitten, Herr Professor Rürup, zu beginnen. Ab jetzt bin ich schweigsam, und Herr Professor Faulenbach wird alles Weitere machen.

Prof. Dr. Reinhard Rürup: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist in der Bundesrepublik heute erfreulicherweise unstrittig, daß die politische Kultur einer demokratischen Gesellschaft auf ihre historische Dimension nicht verzichten kann. Das gilt ebenso für die negativen wie für die positiven Aspekte der gemeinsamen Geschichte. Es gilt einerseits, das reiche Erbe unserer Geschichte zu bewahren und insbesondere die menschenfreundlichen und freiheitsliebenden Traditionen zu sichern. Und es geht andererseits darum, die Erinnerung an Fehlentwicklungen und Katastrophen, an Leid und Terror wachzuhalten, um möglichen Rückfällen, aber auch einer naiven Selbstgerechtigkeit der Spätergeborenen vorzubeugen. Je größer das Tempo des technischen Fortschritts und der mit ihm verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen unserer sozialen Lebenswelten ist, desto bedeutsamer wird die Geschichte als ein Gegengewicht und als ein mögliches Korrektiv allzu zukunftsgläubiger Beschleunigungen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Geschichte wird daher auf absehbare Zeit mit Sicherheit nicht ab- sondern zunehmen. Im vereinigten Deutschland kommt hinzu, daß die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit seit 1990 an Gewicht gewonnen und nicht verloren hat. Die Bundesrepublik würde innen- wie außenpolitisch einen großen Fehler machen, wenn sie diese Auseinandersetzung nicht geradezu demonstrativ fördern würde, wie es ja auch bei einem Teil der KZ-Gedenkstätten, dem Denkmal für die ermordeten Juden und einigen anderen Einrichtungen bereits geschieht.

Ähnliches gilt für die unverzichtbare Auseinandersetzung mit dem Erbe der SED-Herrschaft bzw. der kommunistischen Herrschaft in einem Teil Deutschlands seit 1945. Hier geht es natürlich in erster Linie um Berlin und die neuen Bundesländer, doch handelt es sich ohne Zweifel um eine nationale Aufgabe und nicht um eine regionale Angelegenheit. Ohne die sorgfältige Aufarbeitung auch dieser Geschichte würde der politischen Kultur der Bundesrepublik ein wichtiger Teil ihres Fundaments fehlen. Man mag es deshalb wenden wie man will, unsere demokratische Ordnung braucht Geschichte, und sie braucht nicht zuletzt die mahnende Erinnerung an die Tiefpunkte dieser Geschichte.

Ein zweiter Punkt: Die Erinnerungskultur einer Gesellschaft kennt viele Ausdrucksformen, die Literatur, die bildenden Künste oder die auf historische Ereignisse bezogenen Veranstaltungen und Feste. Vor nicht langer Zeit waren auch noch volkstümliche Lieder oder historische Balladen wichtig. Vieles entsteht spontan, über anderes wird in unterschiedlich geregelten Verfahren entschieden. Ausstellungen und Museen haben seit langem Konjunktur, und die ständig wachsende Anzahl von Besuchern zeigt, daß dieses Angebot auf ein breites Interesse stößt. Die Zahl der Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Erinnerungsorte hat sich in den letzten 15 bis 20 Jahren erheblich vermehrt. Und die Diskussionen über Denkmäler oder über die Benennung oder Umbe-